

## **Die EU: Wirtschaftsriese und weltpolitischer Zwerg**

### **Reinhard Rode**

Der Irak-Krieg der USA hat die transatlantischen Beziehungen belastet, noch mehr aber hat er die europäische Uneinigkeit offen gelegt. Die Europäische Union erwies sich als handlungsunfähig und in den Augen des atlantischen Partners als weltpolitisch vernachlässigbar. Für die USA bot sich eine politische divide et impera Strategie im Umgang mit der EU geradezu an. Großbritannien spielte die traditionelle angelsächsische Bündnispartnerrolle, das „alte“ Europa fand mit seinen Warnungen vor abenteuerlichen Alleingängen kein Gehör, das „neue“ Europa im Osten zog die amerikanische Karte. Auch die alten westeuropäischen Kernstaaten waren nur vordergründig einig. Frankreich unter Chirac verfolgte seinen prestigeorientierten Neogaullismus, Deutschlands Regierung Schröder den „deutschen Weg“ des kategorischen friedlichen Provinzialismus.

Ist die EU nach wie vor außen- und sicherheitspolitisch handlungsunfähig? Das wird man wohl weitgehend bejahen müssen. Im Gegensatz zu den in ihrer Rollenausübung euphorischen Europapolitikern verwundert das den politikwissenschaftlichen Analytiker nicht. Die EU ist ein komplexes Mehrebenensystem, in der staatsrechtlichen Betrachtung ein Staatenverbund. Das läuft auf schwierige Entscheidungsprozesse hinaus, bei denen die Staaten, also deren Regierungen immer noch die führende Rolle spielen. Wirklich stabil vergemeinschaftet ist nur die Außenhandelspolitik. Hier kann die EU-Kommission im europäischen Sinne handeln. Die gemeinsame Währung im Euroland ist nur die Währung der Kernländer.

Bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist Europa zwar vorangekommen, aber immer noch notorisch schwach. Wenn es brisant wird, ziehen es die Mitgliedsstaaten vor, sich trotz aller Abstimmungsversuche Alleingänge offen zu halten. Der „Hohe Vertreter“ Javier Solana ist bislang eine Gallionsfigur, die nicht zufällig im Irak-Krieg verstummt ist. Er hat halt nichts zu sagen, wenn ihn die Staaten nicht dazu ermächtigt haben. Die alte Frage von Henry Kissinger aus den siebziger Jahren, welche Telefonnummer Europa denn hätte, ist mit dem Büroanschluss Solanas nicht wirklich gelöst, er kann im Ernstfall nur weiter vermitteln. Deshalb ruft der amerikanische Präsident auch besser gleich die Staatschefs an, wenn er Nägel mit Köpfen machen will.

Das schwächste Politikfeld stellt zweifellos die europäische Sicherheitspolitik dar. Zwar gibt es da Fortschritte beim Aufbau von gemeinsamen Streitkräften und auch ein erstes gemeinsames Mandat in Mazedonien, wo die EU die NATO als Friedensstifter ablöst. Damit zeichnen sich Anfänge einer robusten regionalen Rolle ab. Die Fähigkeit, die europäische Sicherheit ohne den amerikanischen Schutzschirm zu gewährleisten, ist jedoch noch lange nicht in Sicht. Die Frage einer europäischen Nuklearstreitmacht, die eine wirksame Abschreckung angesichts globaler Weiterverbreitung von ABC-Waffen gewährleisten könnte, bleibt weitgehend tabuisiert. Frankreich und Großbritannien halten an ihrem unilateralen Nuklearkurs und dem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat fest, weil sich darin ihre Rolle als kleine Weltmächte ausdrückt. Diese herausgehobene Rolle wollen sie nicht durch Vergemeinschaftung reduziert sehen.

Die laufende und zukünftige Osterweiterung EU bringt für ihre weltpolitische Rolle Nutzen und Lasten. Auf der Habenseite steht vor allem der regionale Export von wirtschaftlicher und politischer Stabilität. Damit wird eine historische Leistung zur Überwindung der Spaltung Europas erbracht, die neue Chancen und Impulse beinhaltet. Die Erweiterung der EU (15) zur EU (25) bringt aber auch enorme Lasten mit sich. Die EU wird noch heterogener und damit

auch handlungsschwächer. Die neuen Mitglieder sind Kostgänger, die global einsetzbare Entwicklungsressourcen abziehen. Sie verstärken wegen ihrer schwachen Wirtschaften das protektionistische Lager in der EU. Sie unterminieren zudem Vertiefungsprozesse, weil sie als Erbe der Vorherrschaft der Sowjetunion eher zum Nationalismus neigen und damit die Europäische Integration auf absehbare Zeit eher verzögern als voranbringen dürften. Sie sind zwar auf die Brüsseler Kassen aus, aber nur wenig zum Transfer von politischen Souveränitäten bereit.

Eine erwartbare Folge ist eine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten mit verschiedenen Kreisen der Integrationsdichte. Neben der Spitzengruppe der Euroländer werden Mitglieder stehen, die eine Nachzügler- und Bremserfunktion ausüben. Ob der Integrationsmotor dabei ernsthaft ins Stocken gerät, wird sich zeigen. Die alte sogenannte Fahrradtheorie, die besagt, dass das Rad EU umfallen muss, wenn es zum Stehen kommt, ist keine sozialwissenschaftliche Theorie, sondern eine Metapher. Bislang hat die EU Stagnations- und Dynamikphasen durchlaufen, aber keine ernsthaften Rückschläge erlebt. Derzeit spricht viel für eine integrative Stagnationsphase bei gleichzeitiger räumlicher Erweiterung.

Eine europäische Verfassung wird daran wenig ändern können. Der Verfassung wird eine wichtige symbolische Einigungsfunktion zukommen, die unterschiedlichen Identitäten werden sich aber nur sehr langsam aufeinander zu entwickeln. Eine Einheit, die gemeinsame Handlungsfähigkeit in zentralen globalen Politikfeldern zulässt, wird nicht schnell entstehen. Sie bleibt eine Zukunftsaufgabe.

Die angesichts des Krieges im Irak von vielen als peinlich empfundene weltpolitische Randrolle ist letztlich Ausdruck der unvollendeten europäischen Einheit und der divergierenden Endziele (finalité) sowie wenig kompatibler Kurz- und Zwischenziele. Neben den vornehmlich in kleinen Staaten und in Deutschland vorherrschenden Vertiefungszielen gibt es starke nationalstaatliche Vorbehalte vor allem in Großbritannien. Frankreich schwankt zwischen dem altgaullistischen „Europa der Vaterländer“, der Unterstützung des deutsch-französischen Tandems als Impulsgeber und sehr handfesten agrarpolitischen Subventionsinteressen. Deutschland möchte gleichzeitig mit seinem expliziten Integrationsidealismus seine herausragende Position als Nettozahler abbauen.

Eine glaubwürdige aktive eigenständige Weltrolle könnte die EU erst dann wahrnehmen, wenn sie über eine vergemeinschaftete Nuklearstreitmacht verfügt und einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO inne hat. Solange die Minivetoweltmächte Frankreich und Großbritannien das unilateral machen, bleibt die EU zwangsläufig auf eine symbolische Weltaußen- und Sicherheitspolitik beschränkt. Global kann sie noch keine Alternative zur Pax Americana bieten. Regional kann sie freilich schon eine europäische Friedensordnung sicherstellen. Da es keine gemeinsame europäische Bedrohungsanalyse gibt, werden die europäischen Handelstaaten, Deutschland und Kleinstaaten mit den Machtstaaten England und Frankreich wechselnde Koalitionen bilden und um Strategien ringen. Verlässlichen Politiken auf allen drei Feldern Wirtschaft, Politik und Sicherheit können Sie noch nicht implementieren.

Damit werden die europäischen Stärken und Schwächen deutlich. Die wirtschaftliche Integrationsdynamik strahlt regional und global aus, die europäische Politik und vor allem die Sicherheitspolitik hinkt hinterher. Gouvernamentalistisch geprägte fragmentierte Entscheidungsprozesse und disparate Politikziele begrenzen die EU auf die Rolle des Wirtschaftsriesen, auf dem Feld der Sicherheit bleibt sie ein Zwerg. Sie verfügt über viele Zuckerbrote, hat aber nur eine kleine veraltete Peitsche. Das erhöht die Beliebtheit bei den Despoten der Welt, weil die EU zahlen und verhandeln, aber sich weder wirksam verteidigen noch militärisch

abschrecken und schon gar nicht eingreifen kann. Ohne die Pax Americana wäre die EU in einer Welt der Proliferation von ABC-Waffen selbst womöglich längerfristig bedroht. Eine sinnvolle transatlantische Arbeitsteilung ist schwierig, aber möglich. Angesichts ihrer aktuellen Fähigkeiten bleibt die EU auf die Rolle eines Juniorpartners der USA beschränkt. Das schließt auch fallweise die Spaltung der EU in Willige und Unwillige ein. Eine Aufwertung der globalen Rolle der EU erfordert in den USA einen geringeren Hang zu Weltmachtalleingängen, als sie die Falken in der Administration George W. Bush praktizieren, und in Europa mehr Sicherheitsintegration und auch mehr Ausgaben, vor allem im Hochtechnologiesektor. Ob der Fall Irak-Krieg für beide Seiten Weck- und Lernsignale aussendet, der die innereuropäischen und den transatlantischen Gräben wieder schließt, wird sich erweisen.

Prof. Dr. Reinhard Rode  
Internationale Beziehungen und deutsche Außenpolitik  
Email: [rode@politik.uni-halle.de](mailto:rode@politik.uni-halle.de)  
Homepage: <http://www.politik.uni-halle.de/rode/>